

Konservative Gutmenschen der B-Schweiz treten offen zur Schlacht an



Von Klaus Stöhlker



Schwächster Bundesrat seit Jahrzehnten ist zum Punchingball der Interessenvertreter von Linksrün und NGOs geworden. Dieser Herbst, ohnehin durch Covid-19 belastet, ist einer wie kein anderer. Das Schweizer Volk, „der Schweizer Souverän“, wie Politiker an Sonntagen gerne sagen, ist vom eigenen Bundesrat so weitgehend entmachtet worden, wie seit 70 Jahren nicht mehr.

Die offiziellen Volksvertreter in National- und Ständerat wurden von ihren regierungstreuen Fraktionschefs entmündigt.

**Überall in Europa gehen die Völker protestierend auf die Strasse.
In der Schweiz herrscht, getragen von den politischen Leitmedien, Totenstille.**

In diesen entscheidenden Wochen, wo es um das Schicksal der Schweiz wie das künftige Wohlergehen seiner Bürger geht, ist die Stimme des Volkes, so es nicht zustimmt, nicht gefragt. Sie wird mindestens als störend, zumeist aber als hohes politisches Risiko betrachtet.

Meinungsumfragen sind an die Stelle der direkten Volksmeinung getreten.
Von Befürwortern wie Gegnern werden „Fake news en masse gestreut.

Denn niemand in Bern, allen voran die sieben Bundesräte, wagt zu behaupten: Was wir jetzt tun, dient zuerst dem eigenen Volk.

Das ist nur die halbe Wahrheit, denn in Wirklichkeit ist ein grosser Kampf im Gange, der in den Abstimmungen vom 27. November kulminieren wird.

Das Match „Schweizer Volk gegen Schweizer Regierung und wirtschaftlich-politisches Establishment“ steht wenige Wochen vor dem Tag der Wahrheit 3:2 zugunsten des Vol-

kes:

Das erste Tor schoss die Regierung mit der Zustimmung des Volkes zum 6 Milliarden-Rahmenkredit für über dreissig neue Kampfflugzeuge.

Die deutsche Bundesregierung hat Mitte November 36 Eurofighter Typhoon der neuesten Bauart für einen Bruchteil dieses Betrags, 1.3 Milliarden Franken, bestellt.

Das Schweizer Volk wurde von VBS-Chefin Viola Amherd elegant ins Aus manövriert. 1:0 für den Bund.

Das zweite Tor schoss im Auftrag des Bundesrats Alain Berset. Das Volk folgte, zuletzt immer widerwilliger, seiner Covid 19-Strategie. Sie kostete den Steuerzahler Milliarden Franken.

Berset wurde von zwei Impfstoffherstellern gerettet. Die rettende Spritze steht vor der Tür, auch dank der Lonza im Oberwallis. 2:0 für den Bund.

Der Bund, zusammen mit den Konzernen und Banken der global orientierten A-Schweiz, steht, wie es heute aussieht, vor einer Niederlage in Sachen Konzerninitiative.

Die B-Schweiz der linksgrünen und Mitte-Parteien, der Landeskirchen und vieler NGOs will eine saubere Schweiz.

Der gleichen Meinung sind wachsende Teile der Mittelstands-Schweiz. Bodenständige Schweizer Unternehmer wollen keine unsaubere Konzernpraxis mehr.

Darunter sind Fredy Hiestand (Gipfeli), Dietrich Pestalozzi (Pestalozzi AG) und Franziska Müller-Tiberini vom gleichnamigen Familienunternehmen.

Diese Entwicklung ist eine Sensation, denn das Schweizer Volk hat sich bisher loyal hinter alle seine Banken und die in- wie ausländischen Konzerne in der Schweiz gestellt. Erstmals kann diese Balance am 27. November kippen.

Der alte Röstigraben ist ein Kinderspiel gegen den Graben bei den Unternehmern, wie es ihn in der Schweizer Geschichte seit über 100 Jahren nicht mehr gab.

Das Volk holt auf. Es steht 2:1 für den Bund.

Ebenso auf der Kippe ist die Zustimmung des Volkes zum EU-Rahmenabkommen. Der Bundesrat will vor den Konzernen und Banken der A-Schweiz wie den EU-Behörden in Brüssel nicht das Gesicht verlieren. Er will ein Ja mit Zugeständnissen.

Dem stellen sich auch bekannte Schweizer Unternehmer entgegen. Unter der Fahne einer neu gegründeten „Autonomiesuisse“ sind der Thurgauer Milliardär Peter Spuhler (Bahnen, Maschinen), der Fuhrunternehmer Jörg Bertschi und Hans-Peter Zehnder von der Zehnder Group angetreten.

Mit weiteren Hundertschaften Schweizer Mittelstandsunternehmer wollen sie den Trend zum EU-Beitritt zum Halten bringen.

Das EU-Rahmenabkommen ist für sie nur ein erster Schritt in eine ungewisse Zukunft. Die EU selber, von Grossbritannien, Polen und Ungarn bedrängt, braucht dringend einen Erfolg.

Zwischen Bern und Brüssel findet deshalb ein Armdrücken der Sonderklasse statt. Das Schweizer Volk wird vom Bund nicht informiert, sondern muss das Ergebnis, so es eines gibt, schlucken.

Auch diesen kommenden Referendumskampf wird Bern verlieren. Das bedeutet den Ausgleich im Match Bundesrat gegen das Volk.

Bleibt das Verbot von Waffenexporten. Es wird vor der Abstimmung kaum diskutiert, denn Bern und die Exportindustrie hoffen auf ein stilles Scheitern.

Ich bin nicht sicher, denn das Volk ist jung und unruhig geworden. Dann würde dies das 3:2 für das Volk bedeuten.

Eine Gesamtniederlage für die A-Schweiz der Konzerne und Banken, ein Sieg der B-Schweiz, die 96% der Bevölkerung ausmacht.

Was läuft falsch?

Dieser schwächste Bundesrat seit Jahrzehnten, assistiert von bürgerlichen Parteien, die selbst im Abstiegskampf stehen, ist zum Punchingball der Interessenvertreter geworden.

Was zählt, ist nicht die eigene Meinung, sondern der Querschnitt aller Forderungen. Das Volk riecht den verbrannten Kuchen und ist verstimmt.

Wenn der Bundesrat hinter dem Rücken des Volks Kampfflugzeuge kaufen will, die im Nachbarland nur ein Drittel des Schweizer Kaufpreises kosten.

Wenn Konzernchef Ivan Glasenberg, VRP und CEO von Glencore in Zug, in der NZZ ohne Widerspruch sagt, er habe seine Töchter von der Gutartigkeit seiner Tätigkeit überzeugen können. Er erwarte vom Schweizer Volk das Gleiche.

Wenn drei sehr gut bezahlte Spitzenmanager der Credit Suisse, Urs Rohner, VRP, Thomas Gottstein, CEO CS Group und André Helfenstein, CEO der Credit Suisse (Schweiz) AG, in ganzseitigen Inseraten die Interessen von „Schweizer Firmen“ verteidigen, wo jedermann weiss, dass die Credit Suisse Group von ausländischen Aktionären beherrscht wird, ganz wie die meisten der 200 grössten Firmen der Schweiz auch.

Der sehr erfolgreiche Investor und Milliardär Alfred Gantner (Partners Group, Zug) möchte zur Wahrung der langfristigen Schweizer Unabhängigkeit kein EU-Rahmenabkommen. Sein Finanz-KMU zahlt aber, gemessen an anderen Unternehmen, kaum Steuern, um diese Unabhängigkeit zu festigen.

Die Schweiz wird zerrissen zwischen Scylla und Charybdis.

Ebenso wenig, wie die Schweizer Justiz zwischen Dielsdorf und Hinwil den Prozessen gewachsen sein wird, die sich aus der Konzerninitiative ergeben, werden ausländische Regierungschefs und Unternehmer-Milliardäre die potentiellen Einsprachen der Schweizer Justiz goutieren.

Unsere Richter, immer häufiger in Teilzeit, müssen sich dann mit Vorgängen in Ougadougou und Ostbengalen beschäftigen, wo sie freiwillig nie einen Fuss hinsetzen würden.

Die Schweizer Gutmenschen sind im Begriff, die Schweiz in eine Blamage sondergleichen zu treiben.

Ja, die Welt muss gerettet werden, aber ob dafür unser Kleinstaat geeignet ist, darf infrage gestellt werden.

Im neuen Jahr 2021 geht der Schrecken weiter.

Die Trinkwasser-Initiative wird der Schweizer Landwirtschaft noch mehr Subventionen oder einen weiteren Schritt hin zum Untergang bringen. Wahrscheinlich ist beides. Kleinbetriebe werden die Verlierer sein.

Die Initiative „Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide“ ist mir sehr sympathisch. Sie wird bei Annahme zur Folge haben, dass echte und sichere Schweizer Produkte noch teurer werden.

Wer sich das nicht leisten will, muss in den sauren Apfel aus dem EU-Ausland beißen.

Die Firmen der A-Schweiz sind entschlossen, auch künftig dem Schweizer Volk, dem Souverän, so wenig Zugeständnisse wie möglich zu machen.

Die konservativen Gutmenschen der B-Schweiz sind offen zur Schlacht angetreten. Es wird nicht ihre Letzte sein.

Verlierer ist in diesem Jahr das Schweizer Parlament, der National- und der Ständerat.

Sein schönstes Weihnachtsgeschenk wäre die Wiedergewinnung jener Autonomie im Geiste des Föderalismus, die den Ruf der Schweiz begründet hat.

Nur Träumer glauben, dies sei möglich.

Dieser Artikel erschien bei

IN\$IDE PARADEPLATZ

FINANZNEWS AUS ZÜRICH

[Zurück zur Homepage](#)